

EDITORIAL EDITORIAL

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts blickt die Europäische Union auf fast 50 Jahre erfolgreiche Integrationsentwicklung zurück. Zugleich steht sie mit Aufgaben wie der EU-Erweiterung und den anstehenden institutionellen Reformen in der EU sowie der Stabilisierung der gemeinsamen Währung vor zentralen Herausforderungen. Hierzu gehört auch die Verfassungsdiskussion, das heißt die Diskussion um den inneren Zustand der EU und den Rahmen, der die Ordnung, die Kompetenzen und ihre Verteilung zwischen den unterschiedlichen Akteuren innerhalb des Institutionengefüges der EU und zwischen der Europäischen Union, den Unionsländern und den Regionen bzw. Städten regelt. Die Diskussion um die zukünftige Verfassung Europas ist kontrovers, auch unter den Wissenschaftlern am ZEI. Der *ZEIreport* hat dies bereits in seinen letzten Ausgaben deutlich gemacht. In Abwandlung des Wortes von Deng Tsao Ping, ihm sei gleichgültig, ob die Katze grau oder weiß sei, Hauptsache sie fange Mäuse, bleibt es von zweitrangiger Bedeutung wie am Ende die Verfassung der Europäischen Union genannt wird. Allein die Tatsache, dass über die Verfassung der Europäischen Union - im doppelten Sinne des Wortes - diskutiert wird, belegt den Verfassungsbedarf. Erst das Ergebnis der Debatte wird Auskunft darüber geben, ob die Europäische Union sich als verfassungsfähig erwiesen hat. Der wissenschaftlichen Diskussion kommt es zu, die Argumente abzuwägen und damit die gebotene Diskussion voranzutreiben. Es ist dies eines der zentralen Anliegen der Europäischen Integrationsproblematik in der ersten Dekade des soeben begonnenen neuen Jahrhunderts.



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Öffentliche Unterstützung für Marktreformen in Osteuropa

von Bernd Hayo

Die Transformation in Osteuropa hat eine Reihe tiefgreifender Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Systeme zur Folge. Aus ökonomischer Sicht ist der Schritt von einer Zentralplanwirtschaft zu einer Marktwirtschaft die bedeutsamste Reform. Die Erfahrungen mit ökonomischen Reformen in anderen Ländern der Welt zeigt, dass die Unterstützung durch die Bevölkerung eine entscheidende Erfolgsdeterminante ist. Allerdings basiert das Wissen über diese Zusammenhänge weitgehend auf Fallstudien einzelner Länder, was eine Verallgemeinerung der Ergebnisse stark erschwert.

Die Europäische Union erhebt in einem jährlichen Turnus in vielen Ländern Osteuropas repräsentative Umfragedaten (s. *ZEIreport* Nr. 3, Juni 1999). In dem Zeitraum 1990-1996 wurde unter anderem die Frage gestellt, ob die Einführung einer Marktwirtschaft als richtig oder falsch angesehen wird. In Abbildung 1 (s. Seite 2) wird die Entwicklung der Einstellung zur Einführung der Marktwirtschaft über die Zeit und Länder zusammengefasst. Dabei zeigen positive Werte an, dass eine Mehrheit der Befragten die Marktreformen gutheißt. Die Bevölkerungseinstellungen variieren über die Zeit, und es gibt Länder, deren Bevölkerung der Marktwirtschaft eher kritisch gegenübersteht.

MIKRO- UND MAKROFAKTOREN

Die einzelnen Umfragen wurden zu einer gemeinsamen Datenbasis zusammengefasst – welche damit Informationen über 100.000 Befragte enthält – und hinsichtlich der Determinanten der Einstellung zu Marktreformen analysiert. Ein neuer Ansatz der statistischen Analyse läuft darauf hinaus, Mikro- und Makrofaktoren zu kombinieren. Dieses Vorgehen erlaubt eine Berücksichtigung möglicher Interaktionen zwischen diesen beiden Arten von Faktoren. Die Faktoren unterscheiden sich dadurch, dass für

die Variablen auf Mikroebene die Informationen über die Individuen variieren – zur Verfügung stehen hier Alter, Geschlecht, Ausbildung, Einkommensposition – während bei den Makrofaktoren die Werte für alle Leute innerhalb eines Landes gleich sind. Als Makrovariablen werden beispielsweise Inflationsrate, Beschäftigung, pro-Kopf-BIP, Budgetdefizit, Anteil des privaten Sektors und Indikatoren des Transitionsfortschritts verwendet.

Die Ergebnisse für die Mikrofaktoren zeigen, dass das Alter der Befragten einen U-förmigen Einfluss auf die Unterstützung von Marktreformen hat und die minimalste Zustimmung bei den 50-jährigen liegt. Männer stehen der Einführung der Marktwirtschaft positiver gegenüber als Frauen, ebenso wie relativ reichere Befragte und solche mit einem höheren Bildungsniveau. Diese Ergebnisse sind sehr robust, und ähnliche Resultate ergeben sich auch bei der Analyse anderer Fragen zur Transformation aus den Umfragestudien.

Was die Makrofaktoren betrifft, so weist letztlich nur eine Variable einen statistisch signifikanten, wenn auch kleinen, Einfluss auf die Unterstützung von Marktreformen auf: die Inflationsrate. Mit anderen Worten, Länder, die eine niedrige Inflationsrate erreicht haben, sind auch durch einen relativ höheren Grad an Zustimmung zur Einführung der Marktwirtschaft gekennzeichnet.

Es erscheint erstaunlich, dass Variablen wie die Beschäftigung oder das pro-Kopf-BIP keinen robusten Einfluss aufweisen. Hinsichtlich der Beschäftigungsvariable ist zu berücksichtigen, dass nicht die persönliche Situation des Befragten analysiert wurde, sondern der volkswirtschaftliche Beschäftigungsgrad. Aus anderen Studien ist bekannt, dass von Arbeitslosigkeit betroffene Befragte Marktreformen eher ablehnen. Was das pro-Kopf-BIP betrifft, so existieren schwache statistische Hinweise darauf, dass in den Ländern, wo nur eine geringe

Steigerung erzielt worden ist, die Forderung nach Marktformen um so größer ist. Dies widerspricht den typischen Annahmen in theoretischen Modellen ökonomischer Reformprozesse.

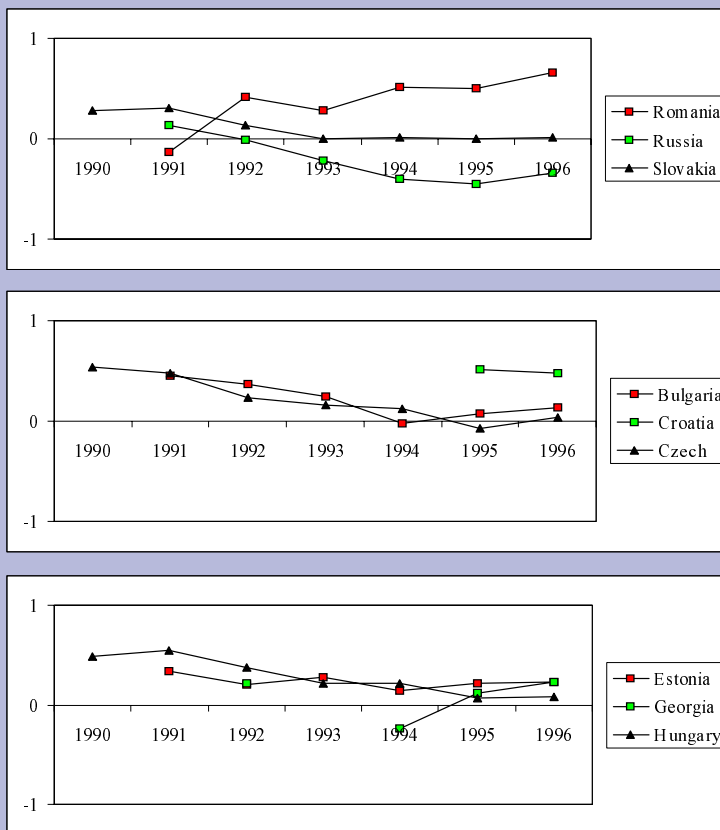
Ein weiterer interessanter Aspekt ist der Vergleich der Ergebnisse über unterschiedliche Einkommensgruppen hinweg. Hier kann gezeigt werden, dass für relativ reiche Leute die Bedeutung der Inflationsrate sehr viel höher ist als für relativ arme. Eine Erklärung für dieses Ergebnis ist, dass für arme Leute die „Geldökonomie“ keine besondere Bedeutung hat. Sie sind vielmehr auf Gütertauschhandel oder Unterstützung durch Verwandte angewiesen.

Bezüglich des Erklärungspotentials von Mikro- und Makrofaktoren im statistischen Modell ist zu sagen, dass erstere bedeutender sind. Makrofaktoren weisen nur einen relativ geringen Einfluß auf die Unterstützung von Marktformen auf.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Internationale Währungsfonds ist heftig für seine Stabilisierungsprogramme kritisiert worden, die einen Schwerpunkt auf die Beseitigung von Inflation und Budgetdefiziten legen. Es wurde argumentiert, dass diese Art der Wirtschaftspolitik die Unterstützung für die Reformen in den Bevölkerungen unterminieren würden. Die vorliegende Studie stützt diese Kritik nicht. Im Gegenteil, nach diesen Ergebnissen würde eine Senkung der Inflationsraten sogar eher zu einem Anstieg der Unterstützung führen. Staatliche Budgetdefizite sorgen ebenfalls nicht für mehr Unterstützung, was den Schluss nahelegt, dass die Verlierer des

ABB. 1: ÖFFENTLICHE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE EINFÜHRUNG DER MARKTWIRTSCHAFT (AUSGEWÄHLTE LÄNDER)



Transformationsprozesses nicht unbedingt von den schuldenfinanzierten Staatsausgaben profitieren. Es bleibt allerdings eine offene Frage, ob die Schlussfolgerungen aus dieser Studie verallgemeinert werden können oder ob sie nur für Transitionsländer Gültigkeit haben. Eine detaillierte Darstellung der Studie findet sich im ZEI Working

Paper B 99 - 25 „Micro and Macro Determinants of Public Support for Market Reforms in Eastern Europe“.

Dr. Bernd Hayo ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI.

Dringender Reformbedarf beim Europäischen Gerichtshof

von Jürgen Kühling

Die Forderungen nach einer Reform des Europäischen Gerichtssystems werden lauter. Im Rahmen eines ZEI-Expertengesprächs wurden die notwendigen Reformschritte aufgezeigt.

Die kritische Lage der Gerichtsbarkeit der Europäischen Gemeinschaften ist unbestritten. Die Anzahl komplizierter, profunde sachspezifische Kenntnisse erfordernder Verfahren nimmt ständig zu, und die dadurch bedingte massive Arbeitsbelastung führt zu einer unerträglichen Verlängerung der Verfahrensdauer. Vor diesem Hintergrund wird die Reform des Gerichtssystems der EG als

dringend erforderlich erachtet. Der wegweisenden Ergänzung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) durch das Europäische Gericht erster Instanz (EuG) im Wege der Beordnung im Jahre 1989 folgten allerdings keine Neuerungen vergleichbaren Ausmaßes und dies obwohl die Probleme von Jahr zu Jahr drängender werden. Zuletzt ist mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages eine erhebliche Erweiterung der Rechtsprechungskompetenzen des EuGH erfolgt. Diese reicht vom Bereich der polizeilichen und justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen im Rahmen der dritten Säule bis zur justitiellen Zusammenarbeit in Zivilsachen, die in den rechtsschutzbewährten Europäischen Gemeinschaftsvertrag überführt wor-

den ist. Auch das Inkrafttreten der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion wird zu einem Anstieg der Verfahren führen. Von geradezu revolutionärer Auswirkung für das europäische Gerichtssystem dürfte schließlich die Realisierung der immer konkreter werdenden Pläne zur Ost-Erweiterung sein.

Im Mai 1999 hat der EuGH seine Reformvorschläge im Rahmen eines umfangreichen Reflexionspapiers vorgelegt. Ergänzend wurde von der Kommission eine Expertengruppe eingesetzt, die aus sieben renommierten Kennern des europäischen Gerichtssystems besteht – allesamt ehemalige Richter und Generalanwälte am EuGH/EuG bzw. Anwälte vor den europäischen Instanzen.

Die Diskussion unter Anwälten und Ministerialbeamten, die in der Vorbereitung oder Führung von Prozessen unmittelbar mit dem EuGH/EuG zu tun haben, zeigt dabei eine weitgehend übereinstimmende Tendenz auf. Dies hat auch ein Expertengespräch unter erfahrenen Anwälten, Ministerialbeamten und Wissenschaftlern gezeigt, zu dem die

rechtswissenschaftliche Abteilung des ZEI zusammen mit dem Bonner Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht (ZEW) jüngst eingeladen hatte. Im Gespräch mit einer der sieben Koryphäen der Reflexionsgruppe, dem ehemaligen EuGH-Richter Prof. Ulrich Everling von der Universität Bonn, wurde deutlich, dass zum einen eine durchgreifende Verlagerung von Zuständigkeiten vom EuGH auf das EuG erfolgen muß, wobei auch vor den Vorlageverfahren kein Halt gemacht werden sollte. Zum anderen wird beim EuG



Prof. Dr. Ulrich Everling Foto: C. Wirges

die Bildung von Spezialkammern für notwendig erachtet, die es den Richtern erlaubt, entsprechende Kenntnisse auf so schwierigen Gebieten wie beispielsweise der Gemeinschaftsmarke zu erwerben. Ein noch weitergehender Vorschlag zielt auf die Schaffung von Spezialgerichten ab – etwa für das Kartellrecht oder Streitsachen betreffend geistiges Eigentum. Ferner soll die Befassung des Generalanwalts auf bedeutende Verfahren beschränkt werden. Der EuGH soll dagegen auf die – wenngleich wichtige – Funktion eines „Verfassungs“gerichts bzw. einer Revisionsinstanz beschränkt werden. Erhebliche Schwierigkeiten – dies hat auch die Diskussion gezeigt – wird dann jedoch die Bestimmung der Revisionsgründe bzw. der „verfassungsgerichtlichen“ Materien bereiten.

Angesichts des Ernstes der Situation ist eine zügige Umsetzung dieser Reformen erforderlich. Ob dies jedoch ausreicht, um eine Gerichtsbarkeit zu formen, die im Europa von morgen mit eines Tages möglicherweise 28 Mitgliedstaaten funktioniert, daran zweifelte zu Recht der versierte Anwalt Prof. Hans-Jürgen Rabe, der die Aufgabe einer kritischen Analyse des von Everling vorgetragenen Zwischenberichts der Reflexionsgruppe übernommen hatte.

Dr. Jürgen Kühling, LL.M., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI und beschäftigt sich unter anderem mit „Institutionellen Reformen der EU“.

NEUE PUBLIKATIONEN

ARTIKEL, KOMMENTARE, AUFSÄTZE

Koenig, Ch., Braun J.D., Capito R.: „Europäischer Systemwettbewerb durch Wahl der Rechtsregeln in einem Binnenmarkt für mitgliedstaatliche Regulierungen?“, in: Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht (EWS), 1999, S. 401-409.

Koenig, Ch., Müller, E.M.: „EG-Rechtlicher Schutz biotechnologischer Erfindungen am Beispiel von Klonverfahren an menschlichen Stammzellen“ in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW), 1999, S. 681-688.

Kühling, J.: „Zu den möglichen Grenzen der Kommunikationsfreiheit“ in: Zeitschrift für Medien und Kommunikationsrecht (AfP), 1999, S. 214-221.

Koenig, Ch. in: von Mangoldt/Klein/Starck: „Grundgesetz-Kommentar“, Artikel 25 und 27 (erscheint voraussichtlich Mitte des Jahres).

ZEI POLICY/WORKING PAPER-REIHE:

B 99-12

Mehmet Caner und Lutz Kilian: Size Distortions of Tests of the Null Hypothesis of Stationarity: Evidence and Implications for Applied Work

B 99-13

Christian E. Weller und Jürgen von Hagen: Financial Fragility or What Went Right and What Could Go Wrong in Central European Banking?

B 99-14

Bernd Hayo und Birgit Uhlenbrock: Industry Effects of Monetary Policy in Germany

B 99-15

Christian E. Weller: Financial Crises after Financial Liberalization: Exceptional Circumstances or Structural Weakness?

B 99-16

Christian E. Weller und Mark J. Scher: Multinational Banks and Development Finance

B 99-17

Jan Fidrmuc, Julius Horvath und Jarko Fidrmuc: Stability of Monetary Unions: Lessons from the Break-up of Czechoslovakia

B 99-18

Christian E. Weller und Bernard Morzuch: Why are Eastern Europe's Banks not failing when everybody else's are?

B 99-19

Ali M. Kutan und Josef C. Brada: The Evolution of Monetary Policy in Transition Economies

B 99-20

Helmut Seitz: Subnational Government Bailouts in Germany

B 99-21

Josef C. Brada und Ali M. Kutan: The End of Moderate Inflation in Three Transition Economies?

B 99-22

Rafael Di Tella und Robert MacCulloch: Partisan Social Happiness

B 99-23

Rafael Di Tella und Robert MacCulloch: Informal Family Insurance and the Design of the Welfare State

B 99-24

Robert MacCulloch: What Makes a Revolution?

B 99-25

Bernd Hayo: Micro and Macro Determinants of Public Support for Market Reforms in Eastern Europe

B 99-26

Stefan Lutz und Alessandro Turrini: Skills, Labour Costs, and Vertically Differentiated Industries: A General Equilibrium Analysis

Die Publikationen der ZEI Policy/Working Paper - Reihe sind kostenlos erhältlich und können telefonisch über die Nummer 0228/73-9218 angefordert werden.

Eine Liste aller bislang erschienenen ZEI-Publikationen finden Sie im Internet unter <http://www.zei.de>.

PUBLIKATIONEN PUBLIKATIONEN

DISCUSSION PAPER-REIHE:

C 54 1999

Lothar Rühl: Conditions and options for an autonomous „Common European Security and Defense Policy“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999

C 55 1999

Marcus Wenig (Hrsg.): Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei

C 56 1999

Rafael Biermann: The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives

C 57 1999

Eva Slivková: Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession

C 58 1999

Marcus Wenig (Hrsg.): A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations

C 59 1999

Ivo Sanader: Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership

SCHRIFTENREIHE DES ZEI IM NOMOS-VERLAG

Band 10

Marcus Höreth: Die Europäische Union im Legitimationstrilemma, Zur Rechtfertigung des Regierens jenseits der Staatlichkeit, NOMOS Verlag, 1999, Baden-Baden.

Band 11

Ludger Kühnhardt/Dario Valcárcel (Hrsg.): Spanien und Deutschland als EU-Partner, NOMOS Verlag, 1999, Baden-Baden.

Band 14

Hüseyin Bagci/ Jackson Janes/ Ludger Kühnhardt (Hrsg.): Parameters of Partnership: The U. S.-Turkey-Europe, NOMOS Verlag, 1999, Baden-Baden.

Die Publikationen können telefonisch über die Nummer 0228/73-1880 angefordert werden. Eine Liste aller bislang erschienenen ZEI-Publikationen finden Sie im Internet unter <http://www.zei.de>.

Die baltischen Staaten auf dem Weg in die europäisch-atlantische Staatengemeinschaft

Schon Mitte 1999 mahnten die baltischen Republiken, dass der Krieg im Kosovo ihre Integration in die westlichen Wirtschafts- und Sicherheitsorganisationen nicht beeinflussen dürfe. Dies war auch der Tenor einer Mitte 1999 am ZEI in Bonn in Zusammenarbeit mit dem „Programme on the Northern Dimension of the CFSP“ durchgeführten Baltikumskonferenz. Damals nahmen neben dem estnischen Außenminister Toomas Hendrik Ilves, seinem lettischen Kollegen Dr. Valdis Birkavs und dem litauischen Vizeaußenminister Dr. Gediminas Serksnys namhafte Wissenschaftler und renommierte Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Publizistik aus den Vereinigten Staaten, Europa und der Russischen Föderation teil. Die Aufnahme formeller Beitrittsverhandlungen mit Estland wurde damals dahingehend

Regionalbildung in Lateinamerika und Integrationsprozesse in der EU im Vergleich

Die Rolle der Regionen im Integrationsprozess wird an Bedeutung zunehmen und damit auch eine wichtigere Aufgabe für die Frage des wissenschaftlichen Vergleichs zwischen den Integrationsansätzen in Europa und Lateinamerika, vor allem in bezug auf den Mercosur (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay) spielen. Dies bezieht sich sowohl auf Fragen des kulturellen Selbstbewußtseins der Regionen wie auf Themen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und der Stärkung der politischen Entscheidungsspielräume. Von diesem Tenor waren die Referate und Diskussionen eines akademischen Workshops geprägt, den das „Institut für die Integration Lateinamerikas und der Karibik“ (INTAL) und das ZEI im Oktober 1999 in Buenos Aires durchgeführt haben. Der Workshop diente der Entwicklung der Grundlagen einer mehrjährigen Forschungsk Kooperation des ZEI mit den beiden führenden lateinamerikanischen Instituten der Integrationsforschung INTAL und CEFIR (Ausbildungszentrum für Regionale Integration).

Die Frage der Beziehung regionaler Integrationsansätze in der EU und im Raum des Mercosur wird in der ZEI-Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“ weiter vertieft werden.

bewertet, dass dies nur der Anfang eines Prozesses sein dürfe, in dessen Verlauf alle drei baltischen Staaten in die Europäische Union aufgenommen werden würden

Auf seinem Gipfeltreffen in Helsinki im Dezember 1999 hat der Europäische Rat nunmehr beschlossen, ab Februar 2000 auch mit den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern sowie mit Zypern und Malta Verhandlungen über einen EU-Beitritt aufzunehmen, d.h. auch mit Lettland und Litauen.

Zur Unterstützung des Prozesses der Heranführung Lettlands und Litauens an die Union haben Valdis Birkavs (Lettland) und Gediminas Serksnys (Litauen) mit dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung Abkommen unterzeichnet, die eine umfassende Beratung der beiden Republiken durch das Bonner Zentrum auf ihrem Wege bis zur endgültigen EU-Mitgliedschaft zum Gegenstand haben. Damit wird, wie Professor Kühnhardt, Direktor am ZEI, erläuterte, ZEI in die Politikberatung mit ausländischen Regierungen eintreten.

ZEI-KALENDER ZEI-KALENDER

FEBRUAR 2000

22. ZEI-Europadialog (12.30 h, ZEI): Dr. Peter Zervakis, ZEI: „Neue Chancen und Optionen im Zypern-Konflikt nach dem EU-Gipfel in Helsinki“.
29. ZEI-Europadialog (12.30 h, ZEI): Peter Freeborn, Leiter Verkauf EUROCKOT, DASA: „Deutsch-Russische Raumfahrkooperation im Trägermarkt - politische und ökonomische Dimensionen“.

MAI 2000

- 11./12. Expertensymposium „Das EG-Beihilfenrecht - Grundlagen und praktische Anwendung in ausgewählten Beihilfenbereichen (11. Mai: 15.00 - 18.45 Uhr; 12. Mai: 9.30 - 15.40 Uhr, ZEI).
29. ZEI-Europaforum (17.00 h, ZEI) Bischof Josef Homeyer: „Der Beitrag der Religion und der Kirchen zum geistigen Selbstverständnis. Die katholische Perspektive“.
31. Expertenkonferenz „Regulatory Review - Notwendige Schritte zur Weiterentwicklung des europäischen Regulierungsrahmens der Telekommunikation für das 21. Jahrhundert“ (ganztägig im ZEI, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft).

Politische Implikationen der EU-Erweiterung

Zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist Europa immer noch ein geteilter Kontinent. Die Teilung ist zwar nicht mehr sichtbar durch Beton und Stacheldraht, aber die Rückkehr nach Europa gestaltet sich für die ehemals kommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa länger und schwieriger als erwartet.

von Jan Fidrmuc

Die meisten Überlegungen zur Erweiterung der Europäischen Union konzentrieren sich auf wirtschaftliche Fragen, doch darf die politische Dimension nicht vernachlässigt werden. Ein wichtiger Aspekt ist die Rolle der EU als politischer Anker für die Beitrittskandidaten - durch sie werden Mindeststandards für politische Freiheit und Demokratie gesetzt. Diese Rolle ist besonders in der Phase vor dem Beitritt wichtig, wenn die EU größeren Druck ausüben kann. Ein anderer, oft übersehener Aspekt ist die Auswirkung

einer EU-Mitgliedschaft auf die politische Stabilität in den Beitrittsländern. Zehn Jahre nach dem Fall des Kommunismus sind die Transformationsländer politisch immer noch fragil. Ungünstige ökonomische Effekte der Transformation bewirkten einen Rückschlag für marktorientierte Reformen. Sogar in den Ländern, die höchstwahrscheinlich in der nächsten Erweiterungsrunde dabei sein werden, ist die politische Unterstützung für Kommunisten, Nationalisten und/oder andere Extremisten nach wie vor gefährlich groß.

Im Rahmen einer Forschungsarbeit am ZEI wird der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und Wahlergebnissen in der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen und der Slowakei untersucht. Dabei konnte folgendes allgemeine Muster festgestellt werden: die Unterstützung für reformorientierte Parteien wächst mit sinkender Arbeitslosigkeit, besseren Möglichkeiten zu privaten unternehmerischen Aktivitäten und höheren Durchschnittslöhnen. Dagegen zeigt sich in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, geringer privater unternehmerischer Aktivität und niedrigen Löhnen

eine höhere Unterstützung für ehemalige Kommunisten und andere - marktorientierten Reformen generell ablehnend gegenüberstehenden - Parteien. Es ist allgemeine Überzeugung, dass eine EU-Mitgliedschaft positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in den Beitrittsländern haben wird. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage wird im Gegenzug eine höhere Unterstützung der Reformen in der Bevölkerung nach sich ziehen. Falls der Beitritt jedoch weiter hinausgezögert wird, könnte es zur Machtübernahme von Parteien kommen, die nicht nur marktwirtschaftlichen und demokratischen Reformen, sondern auch der europäischen Integration ablehnend gegenüberstehen.

Die Europäische Union hat sich implizit verpflichtet, die Länder, die diktatorische Regime abgeschüttelt und fundamentale wirtschaftliche und politische Reformen durchgeführt haben, zu unterstützen und schliesslich aufzunehmen. Im Moment haben viele Osteuropäer das Gefühl, dass die EU ihr Versprechen noch nicht erfüllt hat. Weiteres Zögern im Hinblick auf den Beitritt wird nicht nur ungerecht sein, sondern auch zu einer erhöhten politischen Instabilität in den Transformationsländern beitragen.

Dr. Jan Fidrmuc ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI.

Straniak-Forschungsstipendium

Gemeinsam mit der Hermann und Marianne Straniak Stiftung, Sarnen/Schweiz, die der Förderung des philosophischen Dialogs zwischen Ost und West und zwischen Asien und Europa verpflichtet ist, hat das ZEI das „Straniak-Forschungsstipendium zum Philosophischen Dialog zwischen Ostasien und dem Westen“ entwickelt.

Teilnehmen können Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Asien, aber auch aus der westlichen Welt, die auf dem Gebiet komparativer philosophischer Fragestellungen im Zusammenhang westlicher und asiatischer Tradition arbeiten.

Unter dem Titel „Westliche Universalien aus asiatischer Perspektive: Der Begriff der Zeit – der Begriff des Menschen“ sollen die Stipendiaten über fundamentale Begriffe der Philosophie und prinzipielle philosophische Traditionen aus einer asiatischen Perspektive reflektieren. Besondere Betonung sollte fundamentalen Begriffen der Philosophie, wie Natur, Geschichte, Schicksal, Leben, Tod, Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Person, Schönheit, Kunst, Alleinheit und Gott gegeben werden. Der Haupt-

akzent der Forschung sollte mit einem der folgenden Gesichtspunkte der Philosophie in Verbindung stehen:

Anthropologie: Menschenbild in asiatischen und westlichen Traditionen; Ethik: Bedingungen für gutes Verhalten; Phänomenologie: Der Begriff der Zeit und die Bedeutung von Wandel und Kontinuität; Sozialphilosophie: Globalisierung und ihre Wirkung auf philosophische Orientierungen und Prinzipien; Methodologie: Kriterien und Komponenten der vergleichenden philosophischen Forschung.

Das Straniak-Forschungsstipendium umfasst einen einmonatigen Forschungsaufenthalt am ZEI in Bonn, der dazu benutzt werden soll, ein wissenschaftliches Papier von ungefähr 35 Seiten zu konzeptualisieren und zum Abschluß zu bringen. Dieses Papier wird durch das ZEI publiziert. Der Arbeitsbesuch kann benutzt werden zu intensiven Forschungen auf der Basis der in Bonn verfügbaren Literatur zur westlichen Philosophie. Reisekosten, Aufenthalt und Lebenshaltungskosten in Bonn werden durch ein Stipendium abgedeckt. Das ZEI wird komfortable Arbeitsbedingungen zur Verfügung stellen und für die Zeit des Aufenthaltes in Bonn eine Unterkunft arrangieren. Die Resultate

der Forschung müssen am Ende des einmonatigen Forschungsaufenthaltes an das Zentrum für Europäische Integrationsforschung übergeben werden. Sie werden in eine Anthologie integriert, die originelle Beiträge über asiatisches, philosophisches Denken der Gegenwart enthalten wird, die auf westliche Philosophiebegriffe oder Traditionen der Philosophie bzw. auf Parameter des philosophischen Dialoges zwischen Asien und der westlichen Welt reflektieren.

Bewerbungen sind zusammen mit einem Lebenslauf, einer kurzen Beschreibung des geplanten Forschungsvorhabens (drei bis fünf Seiten) und einem Hinweis über die für den Aufenthalt bestmöglichen Monate der Forschung in Bonn (zwischen dem 1. und dem 31. eines jeweiligen Monats innerhalb der Periode 1. Oktober 2000 bis 30. September 2003) bis zum 15. März 2000 zu richten an: Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Walter-Flex-Str. 3, 53113 Bonn, Fax: 0228 / 73-1818, Tel.: 0228 / 73-1810, email: l.kuehnhardt@uni-bonn.de.

Straniak-Fellowships werden auf der Basis der besten Qualifikationen sowie der kompetentesten und innovativsten Forschungsvorschläge vergeben.

Klaus Büniger

Klaus Büniger war bis Ende Oktober 1998 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft. Als Senior Fellow des ZEI beschäftigt er sich derzeit vor allem mit Fragen der europäischen Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Währungspolitik.



ZEI: Herr Büniger, Sie beschäftigen sich seit langem mit den Fragen der Osterweiterung der EU und Fragen der Wettbewerbspolitik. Wo liegen Ihrer Meinung nach die größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen bei der Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten an die EU?

Büniger: In aller Kürze lassen sich diese Herausforderungen so umreißen: Es gilt, Länder zu integrieren,

- die fast ein halbes Jahrhundert unter kommunistischer Herrschaft einem anderen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Wertesystem unterworfen waren,
- deren ökonomische Strukturen auf planwirtschaftlicher und machtpolitisch vorgegebener Arbeitsteilung beruhten,
- zu denen bei allen schon erzielten Fortschritten nach wie vor eine enorme Kluft in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteht,
- deren Wirtschaft zum erheblichen Teil landwirtschaftlich ausgerichtet ist, was angesichts der bestehenden Ausrichtung der EU-Agrarpolitik für den Beitritt von besonderem Belang ist,

■ und schließlich geht es um eine Vergrößerung der Mitgliederzahl der Gemeinschaft, die den institutionellen Rahmen, der für ursprünglich sechs Länder geschaffen wurde, sprengt.

Bei allen Schwierigkeiten, die die Osterweiterung angesichts dieses Problembündels mit sich bringt, ist gleichwohl festzuhalten: Sie bietet - richtig gemacht - mehr Chancen als Risiken. Sie führt zu einer Überwindung der Teilung Europas, sie dient der politischen Stabilisierung, der Festigung der Demokratie und der Wiederherstellung der Einheit Europas in Frieden und Freiheit. Sie führt zu einer Stärkung von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Es ist unstrittig, dass von der Öffnung der Märkte nach innen und aussen, von der Ausweitung des wirtschaftlichen Raumes, in dem Güter, Dienste und Kapital ungehindert gehandelt werden können und in dem Personen sich frei bewegen können, wirtschaftliche Impulse für eine bessere Arbeitsteilung und wirtschaftliche Dynamik ausgehen.

Allerdings stellen sich diese positiven Wirkungen nicht kurzfristig und vor allem nicht von selbst ein. Reformen sind gefordert. Dort, wo diese weit gediehen sind, ist auch der wirtschaftliche Fortschritt am größten. Vor allem Ungarn und Polen sind weit vorangekommen. Andere Länder - vor allem diejenigen, mit denen jetzt Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden - müssen noch erhebliche Anstrengungen unternehmen.

Für die Beitrittsländer ist deshalb unabdingbar, dass sie, den Kopenhagener Kriterien folgend, den Weg der marktwirtschaftlichen Reformen und der strukturellen Anpassung konsequent weitergehen - sowohl im Bereich des Eigentumsrechts, der Privatisierung, als auch des Marktzutritts, der Beihilfepolitik, der öffentlichen Aufträge oder der Finanzkontrolle. Wichtig ist dabei, dass die institutionellen und administrativen Voraussetzungen für eine marktwirtschaftliche Ordnung ausgebaut werden.

ZEI: Welche Probleme sehen Sie im Bereich der Wettbewerbspolitik?

Büniger: Die liegen in den meisten Ländern weniger in der Einführung der notwendigen nationalen Gesetze als vielmehr in der Ausstattung der Wettbewerbsbehörden mit der notwendigen Unabhängigkeit. Ungarn ist auch hier mit gutem Beispiel vorangegangen.

Probleme könnte es auch deshalb geben, weil die Verwaltungsbehörden und Gerichte mit den Begriffen und Inhalten der Marktwirtschaft noch nicht hinreichend vertraut sind und es an Wettbewerbskultur, Erfahrung und Rechtsprechung mangelt. Dies würde in Hinblick auf den Beitritt vor allem

dann virulent, wenn die an sich wünschenswerte dezentrale Anwendung des gemeinschaftlichen Wettbewerbsrechts (Art. 81), die die Kommission mit der Modernisierung der Verfahrensregeln jetzt anstrebt, Wirklichkeit würde. Um eine effektive und kohärente Anwendung des Gemeinschaftsrechts zu gewährleisten, käme es deshalb darauf an, dass gerade auf diesem Gebiet die Kooperation zwischen Beitrittsländern, Kommission und EU-Ländern schon im Vorfeld des Beitritts gestärkt wird.

ZEI: Befürchten Sie aufgrund des viel geringeren Niveaus von Arbeitsschutzregelungen und sozialen Sicherungssystemen in den Beitrittsländern Wettbewerbsverzerrungen in der EU?

Büniger: Länder und Regionen verfügen über eine unterschiedliche Ausstattung mit Arbeit, Kapital oder Technologie. Das impliziert unterschiedliche Produktivitäten, die ihrerseits Ausdruck finden müssen in unterschiedlichen Löhnen, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen. Es wäre verfehlt, bei so begründeten Differenzierungen von Wettbewerbsverzerrungen oder gar Sozialdumping zu sprechen. Die Angleichung von Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen auf hohem westeuropäischem Niveau würde den Beitrittsländern ihre Wettbewerbsfähigkeit nehmen und ihnen damit die Möglichkeit rauben, die ökonomische Kraft für hohe Sozialleistungen und günstige Arbeitsbedingungen zu entwickeln. Auf diesem Gebiet wäre es deshalb auch angemessen, mit Mindestnormen, die auf die ökonomische Leistungskraft der Beitrittsländer Rücksicht nehmen, und mit hinreichend langen Übergangszeiten zu arbeiten. Einer Harmonisierung auf diesen Gebieten bedarf es jedenfalls nicht, ja sie wäre kontraproduktiv.

ZEI: Können diese Länder ohne staatliche Beihilfen auskommen? Wie verträge sich das mit dem EU-Recht?

Büniger: Zur planwirtschaftlichen Hinterlassenschaft der Beitrittsländer gehören wettbewerbswidrige Wirtschaftsstrukturen und Subventionsbeziehungen - Beihilfesysteme im EG-Jargon. Sie sind für die betroffenen Länder kein Vorteil sondern ein Nachteil und müssen über die Zeit abgebaut werden. Es ist richtig, dass bei schwierigen wirtschaftlichen Anpassungsprozessen immer wieder zum Instrument der Protektion und Subvention gegriffen wird. Politisch ist das verständlich. Ökonomisch hilft es nicht weiter. Es kommt daher darauf an, dass die Beitrittsländer spätestens bis zum Beitritt ihre verbliebenen Subventions- und Beihilfesysteme transparent und mit den Beihilferegelungen der EU kompatibel gemacht haben.

ZEI: Ist die EU selbst auf die Aufnahme der Beitrittsländer vorbereitet?

Bürger: Die EU ist mit der Agenda 2000 und den Beschlüssen des Europäischen Rates von Berlin zwar den richtigen Weg gegangen. Aber die jetzt eingeleiteten Reformen reichen nicht. Sie sind nur Etappenziel oder Overtüre, wie es genannt wurde. Sowohl in der Agrarpolitik, deren Ziel es sein muß, Angebot und Nachfrage an den Weltmarktpreisen zu orientieren, als auch bei den Strukturfonds, die auch nach der jetzigen Reform noch nicht auf eine erweiterte Gemeinschaft zugeschnitten sind, sind weitergehende Reformen erforderlich - und zwar vor den Beitritten, wenn sich die Gemeinschaft finanziell nicht überfordern will. Weiter muß bald über die institutionellen Reformen entschieden werden. Die jetzt beginnende Regierungskonferenz muß hier in absehbarer Zeit zu brauchbaren Lösungen kommen.

Solange das nicht erreicht ist, ist die EU auch von daher nicht erweiterungsfähig.

Wichtig scheint mir noch folgender Hinweis. Aufgrund der großen Wohlstandsunterschiede ist - anders als bei den bisherigen Erweiterungsrunden - von einem erheblichen Wanderungspotential bei den Arbeitskräften auszugehen. Würde dies virulent, so könnte dies zu einer erheblichen Belastung der Arbeitsmärkte in den „alten“ EU-Ländern sowie zu sozialen Spannungen und darüber hinaus zu einer abnehmender Akzeptanz des Beitrittsprozesses führen. Keine Lösung und politisch ein Fehler wäre es, die Beitritte deshalb hinauszuzögern. Auf diesem Feld werden es daher nicht die Beitrittsländer sein, die Übergangsfristen einfordern, sondern die EU. Politisch im Interesse des Ganzen sollte das dann allerdings hingenommen werden, auch wenn es zu den Prinzipien des Gemeinsamen Marktes im Widerspruch steht. ■

kurz belichtet

Frau Antje Karin Pieper, Rechtsanwältin und ehemalige Justitiarin des WDR ist seit kurzem Senior Fellow am ZEI. Frau Pieper, die gegenwärtig die Europäische Kommission in Fragen der Regulierung der Informationstechnologien berät, wird am ZEI zu medienrelevanten Aspekten im Bereich des europäischen Telekommunikationsrechts arbeiten.

Am 8. Juni 1999 befürwortete der Staatspräsident von Mazedonien, Kiro Gligorov, im Rahmen eines ZEI-Europaforums die Mitgliedschaft seines Landes in der EU und in der NATO. Während der Konflikt in Kosovo eskalierte, ist es Mazedonien trotz seiner problematischen Zusammensetzung und Grenzziehung, seiner ungeklärten historischen Identität und der lange andauernden außenpolitischen Isolation gelungen, nicht in eine große politische Krise zu stürzen. Langfristiges Ziel sei, so Gligorov, der Beitritt seines Landes in die EU und in die NATO.

In einem Vortrag vor internationalem Publikum am 14. September 1999 im Festsaal der Universität Bonn hat der kirgisische Staatspräsident Askar Akajew auf Einladung des ZEI und des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF)

sein Konzept zur Wiederbelebung der Großen Seidenstraße dargestellt. Die politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Werte, die einst den Handel entlang der Großen Seidenstraße geprägt haben, sollen auch künftig wieder die Diplomatie der Kirgisischen Republik kennzeichnen. Kirgisistan werde alles unternehmen, um zur politischen Stabilität und zum Frieden in der Region beizutragen. In diesem Zusammenhang dankte Akajew der Bundesrepublik Deutschland für die finanzielle Unterstützung und technische Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen, die Deutschland zum wichtigsten Partner in Europa mache.

Vor dem Hintergrund des informellen EU-Gipfels in Tampere schilderte der rumänische Europaminister Prof. Dr. Alexandru Herlea am 18. Oktober 1999 den Stand der Heranführung Rumäniens an die Europäische Union. Der Europaminister berichtete über die Fortschritte seines Landes im politischen und wirtschaftlichen Bereich sowie im Hinblick auf die Übernahme des „Acquis communautaire“ und des Transformationsprozesses der Verwaltung, ohne vorzuhalten, dass es noch in allen diesen Bereichen Rückstände gebe. Dies sei nicht

zuletzt auch eine Last der Geschichte. Rumänien hoffe, auf dem nächsten EU-Gipfel in Helsinki nominiert zu werden und hiermit das positive Zeichen zu erhalten, dass es zu Europa gehöre.

Der Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, Jean-Claude Juncker, hielt am 26.10.1999 einen Vortrag über die Rolle der kleineren Staaten in Europa. Beispielsweise könne die EU aus dem wertvollen Erfahrungsschatz Luxemburgs im Bereich des Grenzverkehrs, der regionalen Zusammenarbeit und der Wirtschafts- und Währungsunion lernen. Darüber hinaus äußerte sich der Premierminister zur Erweiterung der Europäischen Union. Er mahnte an, dass man zur Kenntnis nehmen sollte, dass die neuen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa nie aufgehört hätten, zu Europa zu gehören. Im Unterschied dazu müsste über die weitreichenden Folgen eines möglichen Beitritts der Türkei nachgedacht werden. Im Hinblick auf die nächste Regierungskonferenz warnte Juncker, die EU dürfe nicht zu einer Veranstaltung der Desintegration werden und erinnerte daran, dass der Einbindungsprozess nicht nur für die großen, sondern auch für die kleineren Staaten der EU gelte.

ZEF-FENSTER ZEF-FENSTER

AUS DER ARBEIT DES ZENTRUMS FÜR ENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ZEF)

Die dritte Abteilung des ZEF „Politischer und kultureller Wandel“ unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Wimmer hat vor kurzem ihre Arbeit am ZEF aufgenommen. Schwerpunkte der Arbeit dieser Abteilung sind die in der Vergangenheit eher vernachlässigten kulturellen und politischen Aspekte von Entwicklungsprozessen. Wie Prof. Wimmer herausstellt, läßt sich nachhaltige Entwicklung „nur in einem Umfeld langfristiger politischer Stabilität erzielen, und Gewaltfreiheit, Rechtssicherheit sowie verlässliche und effiziente staatliche Investitionen in Schlüsselbereichen wie Bildung oder Gesundheit sind unabdingbare Voraussetzungen für ausgewogene Entwicklungsprozesse“. (Kontakt: Prof. Dr. A. Wimmer, Tel.: 0228/73-1971)

Im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Projektes untersuchen ZEF-Wissenschaftler den Prozess von Marktbildung am Beispiel der russischen Ernährungswirtschaft. Dieser Prozess wurde maßgeblich von der Liberalisierung der Märkte und Dezentralisierung von Politik beeinflusst und trug zur Disintegration der Lebensmittelmärkte innerhalb Russlands bei. Die Untersuchungen deuten daraufhin, dass der Aufbau von marktwirtschaftlichen Institutionen im bisherigen Transformationsverlauf weitgehend vernachlässigt worden ist. (Kontakt: Dr. P. Wehrheim, Tel.: 0228/73-1873)

Aktuelle Publikationen aus dem Projekt (Auswahl): E. Serova, J. von Braun und P. Wehrheim (1999), *Impact of Financial Crisis on Russia's Agro-food Economy*. *European Review of Agricultural Economics*, 26 (3): 349-370. Kuhn, A. und P. Wehrheim (1999), *Klassifizierung der russischen Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Transformation auf der Ebene der Regionen*. *Europa Regional*, 7 (2): 2-9.

Das ZEF arbeitet mit dem ZEI im Rahmen des Internationalen Wissenschaftsforum Bonn (IWB) zusammen. Als eine international ausgerichtete, interdisziplinär arbeitende Forschungseinrichtung will das ZEF einen Beitrag zur Lösung der globalen Entwicklungsprobleme leisten. (Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: <http://www.zef.de>)

„Weltachsen 2000“ - Dialog der Kulturen in Bonn

von Frank Ronge

Der nigerianische Literatur-Nobelpreisträger Wole Soyinka sagte anlässlich des Kongresses „Weltachsen 2000“ Kultur sei Kommunikation, sei Dialog. Dies hätte auch als Motto über der zweitägigen Veranstaltung stehen können, die vom ZEI gemeinsam mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) und der Bundesstadt Bonn im November in Bonn veranstaltet wurde.

Nur zwei Tage, nachdem in Berlin auf den 9. November 1989 zurückgeschaut wurde, warfen in Bonn am 11. und 12. November 1999 herausragende Redner aus allen Teilen der Welt einen Blick in die Zukunft, auf die Welt des 21. Jahrhunderts und auf Europas Rolle in dieser Welt. Im Mittelpunkt standen die Fragen, die an der Schwelle zum dritten Jahrtausend die ganze Menschheit bewegen.

Dazu gehört der Dialog der Kulturen, ein im ZEI und ZEF gleichermaßen behandeltes Thema. Dieser Dialog, so Soyinka, sei auch in Zeiten wachsender religiös und politisch motivierter Feindschaft nicht unterbrochen, weil der Dialog Wesensmerkmal der Kultur sei. Um diesen Dialog aber führen zu können, müsse man laut Soyinka auf übergeordnete Parameter zurückgreifen: Entscheidend sei, ob eine kulturelle Lesart der Macht oder der Freiheit und Würde des Menschen diene. Denn als Grundlage eines Dialogs der Kulturen müsse anerkannt werden, dass „die Menschheit unterschiedlich sei, aber unteilbar bleibe.“ Deshalb könne es gegenüber dem Anspruch der chinesischen Kulturrevolution oder dem fundamentalistischen Islamismus, wie beispielsweise den afghanischen Taliban, nur einen „Dialog der Zurückweisung“ geben.

Neben dieser weltweiten Dimension unterschiedlicher Kulturen spielt Ethik auch in der zeitlichen Dimension einer sich verändernden Welt eine entscheidende Rolle. Darauf wies der Begründer der Gewerkschaft Solidarnosc und ehemalige polnische Präsident Lech Walesa hin, der die Rolle einer sich auf die Religion gründenden Ethik als beständigen Anker beschrieb. Nach dem Zusammenbruch der beiden totalitären Ideo-

logien dieses Jahrhunderts, des Nationalsozialismus und des Kommunismus, müsse das kommende Jahrhundert gerade angesichts der neuen Möglichkeiten der Kommunikation und der damit verbundenen Globalisierung ein „Zeitalter der Solidarität“



Lech Walesa, ehemaliger polnischer Präsident, anlässlich des Kongresses „Weltachsen 2000“ im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn

Foto: ZEI

sein, so Friedensnobelpreisträger Walesa. Um dies zu ermöglichen, müssten die Vereinten Nationen reformiert und gestärkt werden.

Einen Ausbau nationaler und internationaler Institutionen, die angesichts der Globalisierung zu einem gerechten Interessenausgleich beitragen, forderte auch der Chef der Wirtschaftsabteilung des Massachusetts Institute of Technology, Olivier Blanchard, in seinem Beitrag über globale Märkte und die Zukunft des Staates. Ebenso hielt der ehemalige Präsident von Costa Rica Oscar Arias Sánchez in seinen Überlegungen zu „Good Governance“ den Ausbau von handlungsfähigen Institutionen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten und ein Bildungs- und Gesundheitswesen bereitstellen, für notwendig. Dabei werde aber allzu leicht Demokratie als Hindernis für „Good Governance“ verstanden, wie Arias an den Beispielen Russland, Indien und Kolumbien deutlich machte. Deshalb appellierte der Friedensnobelpreisträger an die Industriestaaten, den ärmeren Ländern die Schuldenlast zu erleichtern, eine Forderung, die, wie die Thesen aller Redner, im Rahmen von Podiumsdiskussionen zusammen mit Mitgliedern der Wissenschaftlichen Beiräte von ZEI und ZEF und weiteren Fachleuten ausführlich diskutiert wurde.

Die Herausforderung der Armut war auch das Thema des Club-of-Rome-Mitglieds Karan Singh, der daraus die Entwicklung als eine Aufgabe ableitete. Und auch die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für die Menschenrechte, Mary Robinson, forderte Solidarität in der Welt ein, was für die westlichen Industriestaaten bedeute, sich nicht nur für die bürgerlichen und politischen, sondern auch für die sozialen und wirtschaftlichen Rechte als Teil der Menschenrechte einzusetzen.

Europa ist, wie sich in allen Beiträgen des Kongresses „Weltachsen 2000“ gezeigt hat,

im weltweiten Dialog des 21. Jahrhunderts auf vielfältige Weise herausgefordert. Damit beschäftigt sich das ZEI in seiner Forschungsarbeit, mit Blick etwa auf den Dialog der Kulturen, den sozialen Wandel, die Menschenrechte, die Institutionen und Europas Rolle in der Welt. Die Beiträge, Reden wie

Diskussionen des internationalen Kongresses „Weltachsen 2000“ haben dieser Forschungsarbeit wichtige neue Impulse gegeben. Sie haben Probleme aufgezeigt, denen sich das Zentrum für Europäische Integrationsforschung, in enger Verzahnung mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung in seiner zukünftigen Arbeit stellen wird, um so praxisrelevante Beiträge der Wissenschaft zu deren Lösung zu leisten. ■

Dr. Frank Ronge ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“.

IMPRESSUM

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Walter-Flex-Str. 3
D - 53113 Bonn

ISSN: 1437-1545

Verantwortlich: Monika Reule
Tel: 0228/73-1811/-1846
Fax: 0228/73-5097
E-Mail: m.reule@uni-bonn.de
Internet: <http://www.zei.de>

Der ZEIreport erscheint dreimal jährlich in englischer und deutscher Sprache. Er kann kostenlos unter der oben genannten Adresse angefordert werden.